

DAS SPAREN GEHT WEITER

Fast ein Drittel aller Studierenden zahlen keine Gebühren

Vor einem Jahr wurde an baden-württembergischen Universitäten die „Geschwisterregelung“ eingeführt: Von drei Geschwisterkindern kann sich eines von den Studiengebühren befreien lassen – unabhängig davon, wie alt die anderen sind oder was sie verdienen. Den dadurch bedingten Wegfall von eigenen Angaben zufolge 5,1 Millionen Euro kompensierte die Freiburger Universität mit massiven Kürzungen in vielen Bereichen. Momentan beraten das Rektorat und die Studierenden über die Verwendung der Studiengebühren fürs kommende Jahr und haben unterschiedliche Auffassungen. Die Studierenden dürfen nur Stellung nehmen, aber nicht mitentscheiden.

Nicht nur für die Uni Freiburg kam die politische Entscheidung überraschend: Wie gesetzlich vorgeschrieben, hatte sie die Studiengebühren schon verplant: „Wir hatten das Geld schon ausgegeben, plötzlich hatten wir 5,1 Millionen Euro weniger“, so Pressesprecher Rudolf-Werner Dreier. Ergebnis: massive Kürzungen in der UB-Lehrbuchsammlung, in den Fakultäten und bei

Tutorien. Das Career Center, das Praktika und Stellen vermittelte und vom Land nur per Anschub-Finanzierung gestützt wurde, machte kurzerhand dicht.

Heute, 12 Monate später, sieht die Situation etwas entspannter aus. Nimmt man alle Befreiungsgründe zusammen – neben den Geschwistern müssen Studierende mit Kind und Härtefälle nicht zahlen, Urlaubssemester sind ebenfalls frei –, muss fast ein Drittel aller Studierenden nicht blechen: Von 21.622 eingeschriebenen sind an der Freiburger Uni 6110 befreit. Die Studiengebühren werden zu 70 Prozent an die Fakultäten überwiesen, der Rest geht an zentrale Einrichtungen wie die UB. Ein Teil des Geldes soll auch ins neue „Servicecenter Studium“ fließen, das die Angebote der Zentralen Studienberatung, des eingestampften Career Centers und des Studierendensekretariats an einem Ort vereinen soll. „Das Gebäude in der Sedanstraße werden wir im Oktober einweihen“, kündigt Dreier an. Dort werde es auch wieder Leistungen des Career Centers geben. „Der Zwang des Geldsparens zwingt uns zu dieser Entwicklung“, sagt Dreier, ohne weite-

re Details zu nennen. Wie das Servicecenter konkret konzipiert wird, werde noch beraten.

Diese Unklarheit moniert der unabhängige Studierendenausschuss (u-Asta). „Das letztendliche Konzept konnte uns noch niemand sagen“, beklagt die Vorsitzende Lisa Schindler. „Selbst die Mitarbeiter wissen noch nicht, worauf es hinausläuft. Hoffentlich wird nicht noch weiter gekürzt.“ An anderer Stelle ist dies schon der Fall. Wo der Rotstift angesetzt wird, entscheidet momentan das Rektorat, das über die Verwendung der Studiengebühren berät. Studierende dürfen dabei keine Entscheidungen treffen, können aber im „Zwölferrat“ zu den Beschlüssen Stellung nehmen. „Von Mitsprache kann keine Rede sein“, sagt Schindler und zählt die Punkte auf, die der Zwölferrat ablehnt, die von der Uni aber trotzdem umgesetzt werden: Studienberatung aus Gebühren („Das ist eine Grundaufgabe“), das Online-Prüfungssystem, das Zentrum für Schlüsselqualifikationen, bei dem Bachelor-Studierende Zusatzkurse belegen können, die sie im Rahmen ihres Studiums absolvieren müssen. „Das ist eine gute Sache, sollte aber aus öffentlichen Geldern bezahlt werden“, findet Lisa Schindler.

Bei der Geschwisterregelung sind die Studentenvertreter geteilter Meinung. „Grundsätzlich freuen wir uns über jeden, der nicht zahlen muss“, sagt die Chemie-Studentin. „Man merkt aber schon deutlich, dass weniger Geld da ist. Das zeigt die völlige Unterfinanzierung vonseiten des Landes.“ Vor allem bei den Geisteswissenschaften merke man die Einsparungen, da die verbliebenen Gelder nun für notwendige Anschaffungen in den naturwissenschaftlichen Fächern gebraucht würden.

Steve Przybilla



Foto: © ddp

Der Zwang des Geldsparens: Studierende dürfen beim Budgetieren nur mitreden, nicht mitentscheiden.

DAS SCHMUTZIGE HERZ

Die Freiburger Uniklinik wird von einem umweltbelastenden Kohlekraftwerk beheizt

Hitzige Debatte ums Heizkraftwerk am Freiburger Uniklinikum: Der um 1930 errichtete Energielieferant ist mit seiner Kohlebeheizung für den Umweltausschuss der Stadt Freiburg und dessen ehrgeizige CO₂-Minderungsziele ein großes Ärgernis. Ausschussmitglied und Landtagsabgeordneter Walter Krögner (SPD) schickte daher Anfang Februar ein öffentliches Schreiben an die Landesregierung, in dem er das Land auffordert, diese Situation zu bereinigen. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) verweist in seiner Antwort nun auf laufende Gespräche zwischen Uniklinik, Stadt und Energieversorger Badenova. Die drei Parteien wollen sich dazu gegenüber dem Freiburger Stadtmagazin chilli allerdings nicht äußern.

„Wir leben nicht mehr im 19. Jahrhundert. Uns stehen mittlerweile jede Menge alternative, umweltverträgliche Energieträger zur Verfügung“, ärgert sich Krögner. Er sieht die Landesregierung in der Pflicht, auf die Universitätsklinik so einzuwirken, dass es endlich zu einer einvernehmlichen Lösung mit der Stadt Freiburg kommt: „Am liebsten sähe ich, wenn es zu einer Kooperation mit dem Freiburger Wärmeverbundkraftwerk bei der Rhodia Acetow käme.“

Das Heizkraftwerk der Uni wurde bis 1970 ausschließlich mit Steinkohle beheizt, 1970 kam als zweiter Energieträger Schweröl, später Heizöl hinzu. Zwischen 2004 und 2009 wurden schließlich Gasbrenner eingebaut, so

dass 2009 der Steinkohleanteil auf 20 Prozent reduziert ist. „Sicherlich hat sich die Uniklinik in den vergangenen Jahren verbessert“, gesteht Krögner ein, „aber wir nutzen eben immer noch dreckigen Brennstoff in Form von Kohle.“

Der SPD-Mann ist überzeugt, dass durch die Umstellung der Feuerungstechnik oder die Vernetzung der Universitätsklinik mit dem Freiburger Wärmeverbundkraftwerk ein deutlicher Beitrag zur CO₂-Reduzierung in Freiburg geleistet werden könnte.

Dem widerspricht Minister Peter Frankenberg: Eine Studie aus dem Jahr 2004 habe sich mit den Kooperationsmöglichkeiten in der Freiburger Fernwärmewirtschaft ausführlich befasst und sei zu dem Ergebnis gekommen, „dass ein Verbund der beiden Kraftwerke den Ausstoß von CO₂ nicht verringern, sondern eher erhöhen würde.“ Frankenberg betont dennoch, dass man sich im Gespräch mit dem Universitätsklinikum, der Stadt Freiburg und Badenova befände, um weitere Möglichkeiten zu überprüfen.

Yvonne Schweickhardt, Pressereferentin bei Badenova, gibt sich zugeknöpft: „Wir haben hin und wieder Gesprächsangebote gemacht und stehen auch immer zur Verfügung, zunächst einmal muss diese Situation aber zwischen der Stadt und der Uni besprochen werden.“ Aber auch in der städtischen Pressestelle herrscht viel Geheimniskrämerei: „Das ist ein sehr sensibles Thema, wir können dazu leider keine Auskünfte geben“, wiegelt Rathausprecherin Mar-

tina Schickle ab, räumt aber dann ein, dass es definitiv konstruktive Gespräche zwischen allen Beteiligten gebe: „Wir hoffen, dass es im kommenden halben Jahr zu einer Lösung kommt.“ Und auch in der Uniklinik hält man sich bedeckt: „Zurzeit laufen intensive Gespräche und wir befinden uns auf einem guten Weg“, verrät Uniklinik-Presseprecherin Heike Mensch, „allerdings waren die verschiedenen Parteien lange Zeit unterschiedlicher Auffassung, von daher wollen wir diese Gespräche jetzt nicht stören.“

Krögner zweifelt die Ernsthaftigkeit dieser Gespräche an: „Mich nervt dieses Hin- und Herschieben des Balles, das Thema ist Jahre alt, ich will eine Lösung.“ Das schmutzige Herz der Uniklinik wird noch so lange Wärme in die Krankensäle pumpen, bis die hitzige Debatte einer umweltfreundlicheren Lösung weicht. **Felix Holm**

Zoff um Rauchwolken: Das Heizkraftwerk der Uniklinik könnte mehr zum Klimaschutz beitragen. Noch ist es beim Konjunktiv geblieben.

Foto: © dam

